



# Die EU – eine Bremse für viele Unternehmen

## Vorteile des Binnenmarkts verkehren sich ins Gegenteil

Die EU hat sich als völlige Fehlkonstruktion geoutet und ist dabei, ehemalige Spitzenstandorte, in denen Hightech und Innovation zuhause waren, zu Industrierüsten zu verwandeln. Deutsche Exporteure profitieren angeblich von diesem Konstrukt. In Wahrheit haben schon etliche Unternehmen hier ihre Zelte abgebrochen. Zu nennen wären beispielsweise Stahlkocher oder Aluminiumhütten, die sich dem CO<sub>2</sub>-Irrsinn entzogen haben oder aufgrund steigender Energiepreise keine Grundlage für gesundes Wirtschaften mehr sehen. Wer näher hinsieht, kann erkennen, dass Brüsseler Regulierungswahn und mafiöse Konstrukte nicht nur Griechenland in eine Schiefelage gebracht haben. Es ist daher kein Wunder, dass die deutsche Industrie nur deshalb noch Exporterfolge feiern kann, weil die Umsätze zu einem großen Teil in nicht EU-Ländern generiert werden. Somit verabschiedet sich, dank irrer EU-Politik, der Wohlstand immer mehr aus Europas Vaterländern. Leider sind viel zu wenige Stimmen von maßgeblichen Unternehmenslenkern vernehmbar, die auf diese negative Entwicklung hinweisen.

Es ist noch nicht lange her, dass der gemeinsame Binnenmarkt in der EU als große Chance gepriesen wurde. Damals mahnende Stimmen von Expertenseite wurden als rückwärtsgerichtet abqualifiziert. Da Größenwahn dazu führte, dass immer mehr ungeeignete Kandidaten in den Kreis der EU aufgenommen wurden, haben sich die Voraussagen der Mahner nun

bewahrheitet. Immer größere Arbeitslosenheere, die nicht nur in Griechenland oder Spanien zu beobachten sind, bereiten Sorgen und sind das äußere Anzeichen einer absolut verfehlten, nach kommunistischer Planwirtschaft agierenden Politik.

Auf der Grundlage dieser Entwicklung geht der Wohlstand in den EU-Staaten zurück, was sich nicht zuletzt

in sinkenden Umsätzen deutscher Exportunternehmen bemerkbar macht. Jubelarien, dass der EU-Binnenmarkt gut für die deutsche Exportwirtschaft sei, stellen sich bei näherer Betrachtung als haltlos heraus, denn das zufriedenstellende Exportergebnis ist nur den guten Geschäften mit nicht EU-Ländern geschuldet. Schließlich sind Sparprogramme in der EU eben nicht das Mittel der Wahl, um Wachstum zu generieren. Kein Wunder, dass die Auftragsentwicklung in der Euro-Zone um über 12 Prozent zurückging.

## Krise schafft Kurzarbeit

Dies bekommen nun diejenigen Autohersteller zu spüren, die ihre Käufer in kränkelnden EU-Ländern haben. Aktuell hat es Ford getroffen, dessen Kleinwagen zu 80 Prozent in den vorwiegend südeuropäischen Export gehen. Der Automobilbauer hat wegen der schlechten Absatzlage bereits Kurzarbeit beantragt, die etwa 4000 Beschäftigte treffen wird.

Dramatische Zeiten auch für den Autobauer Opel, der mitnichten nur wegen einer verfehlten Modellpolitik ins Wanken gekommen ist. Der momentane Absatzboom bei anderen Herstellern kann sich ebenfalls schnell als Strohfeuer entpuppen, schließlich haben viele Käufer ihren Wagen nur deshalb gekauft, weil sie dachten, dass der Wert des Euros durch die verfehlte Euro-Bankenrettungspolitik in den Keller rauscht.

Dazu kommt, dass ›Otto Normalarbeitnehmer‹ seit 2005 ein reales Einkommensminus von sieben Prozent zu verkraften hat, da will er wenigstens das bisher ersparte Vermögen ›retten‹. Auch der momentane Immobilien-Boom in Deutschlands Spitzenlagen zeigt, dass dieses Szenario, die Rettung des eigenen Vermögens, sehr real ist.

## Überflüssiger Artenschutz

Es zeigt sich, dass Rettungsprogramme für Banken ein katastrophaler Fehler sind. Man hätte besser die Rettungs-Unsummen dazu verwendet, die Folgen zusammenbrechender



1 Sollen in Europa weiterhin hochwertige Arbeitsplätze in der Stahlerzeugung zur Verfügung stehen, müssen unter anderem technisch nicht erfüllbare CO<sub>2</sub>-Grenzwerte vom Tisch. (Bild: Wikipedia).

Banken abzufedern. Danach wäre es problemlos möglich gewesen, aus den Trümmern der Havaristen agile, der Wirtschaft dienende Dienstleister zu errichten, die sich mit aller Kraft dem Wachsen der Realwirtschaft widmen. Dieser Weg wird jedoch gerade in Europa verlassen.

Wachstum findet nur noch, abgesehen von den Friedhöfen, in Branchen statt, die nur wenige Leute satt machen und darüber hinaus viel zu wenig, bis nichts zu einem gesunden Gemeinwesen beitragen. Aktuelles Beispiel ist die amerikanische Bank JP Morgan Chase, die mal so eben durch Finanzwetten mehrere Milliarden Dollar innerhalb eines Monats verzockt hat.

Nun kann man einwenden, dass dies nicht Europa betrifft, doch weit gefehlt, da diese Wetten ja nicht im luftleeren Raum stattfinden und stets Wechselwirkungen auf die weltweite Realwirtschaft haben, zu deren Lasten dies alles geht.

### Die Welt ist nicht genug

Es zeigt sich, dass kriminell Handelnde immer noch aktiv sind und nach wie vor russisches Roulette mit der Welt spielen. Es ist überfällig, das Gewicht wieder auf die Realwirtschaft zu legen, um aus dem Strudel des Untergangs zu entkommen. Leider wird die ›bunte Vielfalt‹, die immer wieder bezüglich neuer Arbeitskräfte propagiert wird, im Bereich der Unterneh-

men sträflich vernachlässigt. Wer beispielsweise Energie zu teuer macht, weil er dem Märchen vom ›bösen CO<sub>2</sub>‹ Gehör schenkt, muss sich nicht wundern, wenn Unternehmen sich anderweitig umsehen, um derartigem Ablasshandel zu entkommen. Der Stahlkonzern Voest investiert daher lieber außerhalb Europas, um seine Umsatzziele zu erreichen.

Konzernchef Wolfgang Eder begründet diesen Schritt mit der industriefeindlichen Politik der EU. Er bestätigt, dass Voest zwei Weichen-Werke in Brasilien bauen wird. Der Bereich ›Bahn‹ soll darüber hinaus mit Standorten in der Türkei und Saudi-Arabien gestärkt werden. Zudem sind im Automobilbereich neue Standorte in China und den USA geplant. Weichenstellungen, die bei einer umsichtigen, nicht planwirtschaftlich ausgerichteten EU-Politik wohl vermeidbar gewesen wären.

### Spitzentechnik wird stranguliert

Dazu kommt, dass die europäische Stahlindustrie bei der Umweltfreundlichkeit ganz oben an der Spitze zu finden ist. Doch ist dies eben nicht zum Nulltarif zu haben und schon gar nicht per unrealistischer, weil utopischer Vorgabe zu erzwingen. Diese Industriezweige brauchen verlässliche Planungsgrundlagen. Dazu gehört auch eine zuverlässige Energieversorgung. Wer allen Ernstes von Edelstahlproduzenten verlangt, dass diese ihre

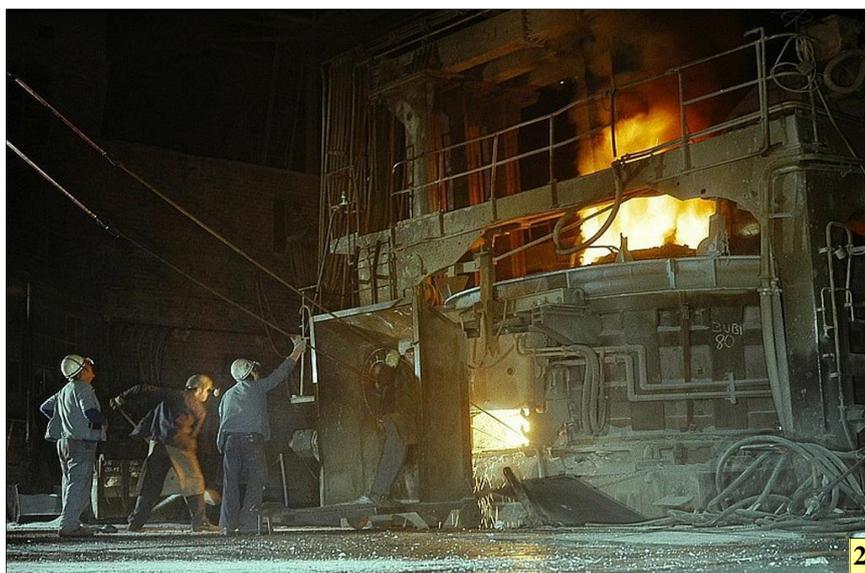
Lichtbogenöfen kurzfristig vom Netz nehmen sollen, um dadurch Strom-Engpässe zu überwinden, hat so einen Betrieb noch nie mit eigenen Füßen durchschritten.

### Strom – ein wichtiger Lebenssaft

Schon heute haben diese Unternehmen mit der nachgelassenen Stromqualität massiv zu kämpfen. So konnte bei einem Stromausfall in einer Hannover Gießerei nur mit Mühe ein Millionenschaden abgewendet werden. In einem Neusser Großwalzwerk hat ein Spannungseinbruch einen Schaden von 200.000 Euro verursacht. Vorkommnisse, die jede Unternehmensleitung veranlassen, über sichere Standorte nachzudenken. Schließlich hängt an einer sicheren Stromversorgung die Existenz eines Unternehmens. So können beispielsweise vier stromlose Stunden ausreichen, um eine Produktionsanlage für Aluminium irreparabel zu zerstören.

Das Schreckensgespenst einer Deindustrialisierung Europas wird mit derartigen Szenarien schneller Realität, als einem lieb ist. Das Ende vom Lied: Die Arbeitsplätze wandern ab und mit ihnen auch die der Umwelt dienenden Technik. Im Gegenzug wird die Natur wieder mehr belastet, da der neue Produktionsstandort neben Ansiedlungssubventionen großzügige Verschmutzungsrechte gewährt.

In letzter Zeit mehren sich die negativen Stimmen aus der Wirtschaft. Ehemals stabile Unternehmen beginnen zu wanken, ohne dass Ihnen kaufmännische Fehler unterlaufen sind. Schwerwiegende Gründe sind alleine in der Politik der BRD beziehungsweise der EU zu suchen. So haben beispielsweise gestiegene Spritpreise und irrwitzige Kosten für Verschmutzungsrechte dazu geführt, dass die Lufthansa Tausende Arbeitsplätze abbauen wird. Auch der spanische Hersteller Alestis, ein wichtiger Produzent von Flugzeugkomponenten, die



2 Lichtbogenöfen benötigen besonders viel Strom, der zuverlässig zur Verfügung stehen muss. Schon wenige Stunden ohne Strom genügen, um eine komplette Produktionsanlage in Schrott zu verwandeln. (Bild: Wikipedia)

an Airbus, Boeing und Embraer geliefert werden, hat wegen der Finanzkrise Schlagseite bekommen, was Airbus massiv in Mitleidenschaft zieht. Das Unternehmen leidet unter Liquiditätseingpässen und wurde daher im Mai unter Gläubigerschutz gestellt. Der Flugzeugteilebauer hat langfristige Lieferverträge mit solventen Unternehmen, die stetige Einnahmen garantieren, und bekommt dennoch von den spanischen Banken keine Kredite. Auch hier zeigt sich, dass die Bankenrettung ein massiver Fehler ist und Direktzahlungen an notleidende Firmen mehr bringen würden.

Stark steigende Arbeitslosenzahlen und zusammenbrechende Strukturen in Europa sind das Ergebnis dieser desaströsen Politik. Selbst Länder wie Indien spüren durch zurückgehende Handelsaktivitäten die negativen Auswirkungen des planwirtschaftlich orientierten EU-Handelns.

### Dem Nachwuchs keine Chance

Wegbrechende Arbeitsplätze könnten ersetzt werden, wenn eine kluge Politik die Voraussetzung dafür schaffen würde. Da jedoch keine entsprechenden Weichenstellungen vorgenommen wurden und nun sogar Zukunftstechnologien, wie etwa Solarunternehmen, durch eine verfehlte Förderpolitik schließen oder abwandern, ist damit nicht zu rechnen.

Im Gegenteil. Unternehmensgründer haben es hierzulande sehr schwer, an Fördertöpfe zu kommen, um frische Ideen umzusetzen. Während ganze Sachbearbeiter-Heerscharen bereitstehen, um Arbeitslosigkeit zu verwalten, wird der Unternehmensgründer mehr oder weniger alleine gelassen, wenn es darum geht, eine hoffnungsfrohe Idee in die Fertigungswelt zu bringen.

Während sich Banken aberwitzige Summen fast zum Nulltarif besorgen können, muss der Nachwuchs, der in der Regel sowieso schon ziemlich Blank dasteht und nur seine Idee als Kapital hat, mehrere Hundert Prozent mehr für das nötige Kapital berappen, um mit seiner Idee durchzustarten. Zu allem Überfluss wurde auch noch der Gründungszuschuss zusammengestri-

chen, der für Jungunternehmer ein wichtiges Instrument ist, um die schwere Anfangszeit zu überwinden. Der Gründungszuschuss, den früher rund 180.000 Menschen beantragt haben, hat sich gut bewährt. Sind doch bis zu 84 Prozent der geförderten Unternehmen nach dem Auslaufen der Förderung immer noch am Markt vertreten.

### Schildbürgerstreich mit Stern

Ein handfester Skandal ist es, dass Unternehmensgründer, die aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis in die Selbständigkeit wechseln möchten, von der Gewährung eines Gründungszuschusses ausgenommen sind. Es wird argumentiert, dass man als abhängig Beschäftigter nur dann einen Gründungszuschuss erhält, wenn eine wöchentliche Arbeitszeit von 15 Stunden nicht überschritten wird.

Der regulär beschäftigte Angestellte müsste sich daher erst arbeitslos melden, ehe er den Gründungszuschuss beantragen kann. Sollte er notgedrungen diesen Schritt machen, kann er sich dennoch nicht voll auf den Aufbau seines Geschäftes konzentrieren, da die

Arbeitsagentur ihn natürlich anderweitig in ein Beschäftigungsverhältnis bringen möchte, um die Arbeitslosigkeit so schnell wie möglich zu beenden. Dadurch wird der hoffnungsfrohe Unternehmensgründer gezwungen, Bewerbungen zu schreiben und Vorstellungsgespräche zu führen, sowie Begründungen zu verfassen, warum er die angebotene Stelle nicht angenommen hat, um den Zuschuss nicht zu verlieren.

### Arbeitsteilung der besonderen Art

Ganz zu schweigen davon, dass er nur schwer auswärtige Termine für sein Unternehmen wahrnehmen könnte, da er für die Arbeitsagentur stets zur Verfügung zu stehen hat, um sich bei Unternehmen vorzustellen. Dieser Wahnsinn kostet Zeit und Kraft, die beim Aufbau eines Unternehmens fehlen. Ein klarer Schildbürgerstreich, der schnellstmöglich zu korrigieren ist!

Ungeheurerlicherweise bekommen hochqualifizierte Personen, die sich mit einem ausgereiften Konzept selbstständig machen möchten, auch noch zu hören, dass gerade sie äußerst ungerne gefördert werden, da ihre Talente



**3** Von oben herab werden Unternehmensgründer bei der Agentur für Arbeit behandelt, wenn sie aus ungekündigter Stellung in die Selbständigkeit starten möchten. Die Hoffnung auf einen Gründerzuschuss darf man sich nur machen, wenn man sich arbeitslos meldet und sein Unternehmen vernachlässigt, um einen Teil seiner Arbeitskraft in die von der Arbeitsagentur aufgetragenen Aufgaben zu stecken.



4

4 Dank der CO<sub>2</sub>-Abgabe wird sich der Luftraum über Europa wohl sehr bald mit weniger Flugzeugen füllen, da zahlreiche Unternehmen sich diese Abgabe nicht mehr uneingeschränkt leisten können. Nicht zuletzt die Lufthansa ist durch diesen Ablasshandel zum Stellenabbau gezwungen worden.

schließlich bei den nach Fachkräften rufenden Unternehmen benötigt werden. Angeblich bestehe ein Fachkräftemangel, der durch Unternehmensgründungen noch verschärft würde. Es wird argumentiert, dass expandierende Unternehmen, die von wachen Persönlichkeiten geführt werden, kein Ein-Mann/Frau-Betrieb bleiben. Andererseits werden vermehrt Unternehmensgründungen forciert, wenn „zu viele Fachkräfte“ auf dem Arbeitsmarkt wären. Angesichts eines aktuellen Millionenheers von Arbeitslosen bleibt einem bei solch hanebüchenern Argumenten die Luft weg.

#### Qualifikation tut Not

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Qualifikation in den Amtsstuben und in unserer Regierung mehr als nur zu wünschen übrig lässt. Statt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird alles getan, um diese per Statistik schönzurechnen. Darüber hinaus werden qualifizierten Menschen, die etwas für dieses Land tun möchten, Steine in den Weg gelegt.

Ein Hohn ist es daher, wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble angesichts gestiegener Steuereinnahmen von einem richtigen Mix aus Konsolidierung und Wachstumsimpulsen redet, wenn die Gründe für aktuelle

Steuer-Mehreinnahmen gesucht werden. Die Wahrheit ist, dass beispielsweise gestiegene Treibstoffkosten über die Mehrwertsteuer zu diesem Effekt beitragen. Auch der Immobilienboom macht sich über die Grunderwerbsteuer bemerkbar. Wer tiefer gräbt, wird noch mehr Steuerquellen finden, deren Sprudeln nicht im Geringsten etwas mit

kluger Wirtschaftspolitik seitens der Bundesregierung zu tun hat, sondern nur mit der nackten Wertsicherung verunsicherter Bürger beziehungsweise deren Abzocke an vielen Stellen.

#### Raffen von Amts wegen

Nicht einmal die kalte Progression wird endlich wieder eingeebnet, um dem Bürger wieder ein wenig Luft im Kampf um seinen Wohlstand zu verschaffen. Es ist egal, welche Parteien die Regierung stellen, schon lange ist das Wohl des Bürgers nicht mehr die Grundlage für politisches Handeln. Da wundert es schon gar nicht mehr, das Rot-Grün die Pläne zum Abbau der kalten Progression bekämpft. Es wird also von zu vielen politischen Farben alles getan, um den Wohlstand aus Deutschland zu vertreiben.

Die ersten Wanderungsbewegungen haben sich schon ausgebildet. Immer mehr gut qualifizierte Menschen verlassen den Hort der Perspektivlosigkeit. Ihnen folgen die Unternehmen, die am Klima- und Abgabewahn zweifeln. Ersatz ist nicht in Sicht, da hoffnungsfrohe Jungunternehmer massiv ausgebremst werden. Und

**Exklusive Villa**  
mit sonnigen, großzügigen und individuellen  
2½ bis 5 Zimmer Eigentumswohnungen

**Schöner wohnen als andere!**

**!!! ALLES VERKAUFT !!!**  
Informieren Sie sich über unsere weiteren, aktuellen Bauvorhaben!

Mit modernster Wärmepumpe

Großzügige Exklusive Bäder

**Aufzug**

Hochwertige Ausstattung  
Umweltfreundliche Baustoffe

Lift von Keller bis Dachgeschoß

5 Gestiegene Steuereinnahmen sind nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die Bürger kein Vertrauen mehr in die Künste der Politik haben und um ihr erspartes Vermögen bangen. Massiv gestiegene Immobilienkäufe in Ballungsgebieten zeigen, dass sehr viel Vermögen in hochwertige Immobilien fließt. Durch die Grunderwerbsteuer profitiert auch der Finanzminister vom Versagen der Politik in Sachen Zukunftssicherung der Währung. Wenn nun behauptet wird, dass gestiegene Steuereinnahmen der weitsichtigen Politikkunst geschuldet sind, wird grobe Wählertäuschung betrieben.

nicht gegründete Unternehmen können natürlich auch keine Frauenquote erfüllen. Wobei sich die Frage stellt, ob derartige Quoten irgendetwas Positives für Staat und Unternehmen bringen.

Nicht zuletzt in den Amtsstuben und in der Regierung zeigt sich, dass Frauen nicht automatisch die besseren Führungskräfte abgeben. Zudem bekräftigen Umfragen, dass Frauen in der Mehrzahl berufliche Führungsrollen gar nicht anstreben und viel lieber für ihre Familie da sein möchten. Damit dies klappt, gilt es, anständige Löhne zu zahlen und wieder vermehrt Dauerarbeitsplätze aufzubauen, damit ein Gehalt zum Leben reicht und Familien so wieder eine langfristige positive Perspektive vorfinden.

### Zocken und verbocken

Stattessen werden irre Beträge zur Euro-Rettung bereitgelegt, die Spieler einladen, an der Börse mit Energieträgern und Lebensmitteln zu zocken. Gelder, die den Menschen fehlen und den ohnehin kargen Lohn durch aus dem Ruder laufende Preise weiter schmälern. Nicht ohne Grund warnt Degussa-Chefökonom Thorsten Polleit vor der aktuellen EZB-Politik, die

seiner Meinung nach in einer Hyperinflation enden kann, wie es in Deutschland in den 1920er Jahren schon einmal der Fall war. Thorsten Polleit erklärt, dass die Euro-Krise noch längst nicht vorüber ist und milliardenschwere Geldspritzen für marode Banken und Staaten keine Probleme lösen, sondern sie vielmehr verschlimmern.

### Wem nützt es?

Wohin man auch sieht, es ist einfach nicht zu fassen, dass wir uns im Jahre 2012 unvermittelt in einem System befinden, in dem der Geist der untergegangenen UdSSR im Körper eines durchgeknallten Kapitalismus wahre Urstände feiert. Während die Realwirtschaft zu Tode reguliert wird, kann der Bankensektor sein Gift verspritzen, ohne dass dies Brüssel einen Augenaufschlag wert ist.

Stattessen werden funktionierende Märkte abgewürgt, da man beispielsweise gedenkt, Entwicklungsländern etwas Gutes tun zu müssen. So geschehen beim Zuckermarkt. Laut Vorschrift dürfen in der EU nur 85 Prozent Zucker für die Eigenproduktion angebaut werden. Der Rest ist von Drittländern zu importieren. Die edel gemeinte Idee hat jedoch einen gewaltigen Haken:

Die Drittländer sind gar nicht in der Lage, diese Massen zu produzieren, die in der EU benötigt werden. Die Folge sind Preissteigerungen, die nur diesem planwirtschaftlichen Handeln geschuldet sind und gerade kleine Süßwarenhersteller an den Rand der Pleite bringen. Kein Wunder, dass aus diesen Kreisen laute Stimmen mahnen, endlich wieder zur Marktwirtschaft zurückzukehren.

Wie perfide das System ›EU‹ mittlerweile agiert, zeigt sich auch am Reifen-Markt. Hier werden Hersteller von Qualitätsprodukten einem unfairen Wettbewerb aus Billiglohnländern ausgesetzt. Ohne Probleme werden Billigprodukte, die teilweise grotesch schlechte Bremswerte besitzen, in Europa verkauft, anstatt diese wegen fahrlässiger Gefährdung von Menschenleben vom Markt zu nehmen. Wenn es dann zu tödlichen Unfällen kommt, wird vorschnell von „nicht angepasster Geschwindigkeit“ geredet. Auf solche „Vorteile“ des freien Welthandels kann problemlos verzichtet werden.

### Aufrechte Politik ist möglich

Und noch ein Beispiel irrwitziger EU-Politik: Für Spielzeug wie Puppen oder Teddys sollen die strengen Grenzwerte für gefährliche Schadstoffe aufgeweicht werden. Ein weiterer Hinweis darauf, dass die EU-Politik nicht am Wohl seiner Bürger und ehrlich wirtschaftenden Unternehmen orientiert ist. Zum Glück gibt es aber immer noch verantwortungsbewusste Politiker, die den Wahnsinn nicht einfach hinnehmen, weshalb Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner gegen dieses Vorhaben Klage erhoben hat.

Bisher hört man von Unternehmern viel zu wenig Kritisches zu den Fehlentwicklungen der EU, obwohl dieses Konstrukt mittlerweile auch ihre Unternehmen bedroht. Es wird wirklich Zeit, hier die Stimme kräftig zu erheben, sollen nicht in zu vielen Fabriken reihenweise die Lichter ausgehen.



6

6 Wer hätte gedacht, dass Ideen, die schon ganze Länder zugrunde richteten, in Europa wieder Urstände feiern? Es werden Fünfjahrespläne geschmiedet, Unternehmen drangsaliert und die Bevölkerung schleichend in die Armut geführt. Das System der EU hat eine gehörige Portion Schuld an den wachsenden Verwerfungen in Europas Vaterländern.